Schlagwort-Nr. 4061. Online seit 04.06.2012, aktualisiert am 06.05.2019.

Deutsche Demokratische Partei (DDP) in Preußen

Auch in Preußen übernahm die Deutsche Demokratische Partei (DDP) ähnlich wie im Deutschen Reich die Rolle der linksliberalen, staatstragenden Verfassungspartei. Sie war bis zum "Preußenschlag" 1932 an allen Regierungen beteiligt und hatte dabei wichtige Ministerien wie das für Handel und das für Finanzen inne.
Die DDP, deren Anhängerschaft sich auch in Preußen vor allem aus der höheren Beamtenschaft und den freien Berufen rekrutierte, war in den Provinzen Sachsen und Schleswig-Holstein sowie in Berlin und den angrenzenden Wahlkreisen relativ stark vertreten, wobei sie jedoch über keine wirklichen Hochburgen verfügte. Ihre schlechtesten Wahlergebnisse erzielte sie in den katholischen Gebieten der Rheinprovinz und in Oberschlesien.
Bei den Wahlen zur Verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung bekam die DDP noch 16,2 Prozent der Stimmen, sie erzielte aber in den folgenden Landtagswahlen kontinuierlich schlechtere Wahlergebnisse. Bei den Wahlen zum ersten Landtag erreichte sie nur noch einen Stimmanteil von 6,1 Prozent, 1924 5,9 Prozent und 1928 4,5 Prozent. In Provinzen und Kreisen waren die Ergebnisse der DDP noch schlechter, weshalb sie auch nur schwach im preußischen Staatsrat vertreten war.
SPD und DDP bildeten in Preußen seit der Landesversammlung während eines Großteils der Weimarer Republik eine gemeinsame Regierung. Von März 1919 bis April 1921 und von Februar 1925 bis Juni 1932 im Rahmen der Weimarer Koalition gemeinsam mit der Zentrumspartei und von November 1921 bis Februar 1925 im Rahmen einer Großen Koalition zusätzlich mit der Deutschen Volkspartei (DVP). Lediglich in der kurzen Zeit des Kabinetts Stegerwald von April bis November 1921 bildeten DDP und Zentrum eine Minderheitsregierung, bei der die DDP sich aber gegen ein weiteres Abrutschen nach rechts stemmte.
Zwar stand die DDP der SPD tendenziell näher als dem Zentrum, in der Weimarer Koalition in Preußen war sie als schwächster Koalitionspartner aber auf die Zusammenarbeit mit dem Zentrum angewiesen, um eigene Interessen gegen die SPD durchzusetzen. Dadurch dass die Partei bei Regierungsentscheidungen oftmals das "Zünglein an der Waage" bildete, war sie etwa in der Personalpolitik im Verhältnis zu ihrer objektiven Stärke sehr erfolgreich.
Beamte, die der DDP anhingen, waren bis zuletzt aufgrund ihrer fachlicher Eignung und ihrer Verfassungstreue in leitenden Verwaltungsfunktionen in Preußen gefragt. Die Partei profitierte dabei

überproportional von der Personalpolitik der sozialdemokratischen Innenminister.
Mit der Reichspartei trug die preußische DDP vor allem um Koalitionsfragen Konflikte auS. Sie wollte der wechselnden Koalitionspolitik auf Reichsebene nicht folgen und stand insbesondere einem Zugang der DVP zur wichtigen Personalpolitik in Preußen skeptisch gegenüber. Die preußische DDP balancierte den eher nach rechts orientierten Kurs der Partei im Reich aus.
Durch diese konstruktive, staatstragende Politik, die die Partei oftmals der Verfolgung eigener Interessen vorzog, geriet die DDP in den Ruf der Wankelmütigkeit. Unter den harten politischen Bedingungen konnte sie ihre Position nur in der ruhigeren Mittelphase der Weimarer Republik 1924/25 bis 1929 im gewissen Umfang stabilisieren.
Der Niedergang der preußischen DDP, die sich 1930 mit dem konservativ-antisemitischen Jungdeutschen Orden zur Deutschen Staatspartei vereinigte, verlief parallel zur Entwicklung im Reich. Bei den Landtagswahlen 1932 und 1933 erreichte sie nur noch 1,5 bzw. 0,7 Prozent der Stimmen.

Beteiligung an der Landesregierung 1918-1932:

Kabinett	**Ministerposten**
Rat der Volksbeauftragten (14. November 1918 bis 25. März 1919)	Handel (Otto Fischbeck)
Kabinett Hirsch (25. März 1919 bis 29. März 1920)	Handel (Otto Fischbeck), Öffentliche Arbeiten (Rudolf Oeser)
Kabinett Braun I (29. März 1920 bis 21. April 1921)	Handel (Otto Fischbeck), Öffentliche Arbeiten (Rudolf Oeser)
Kabinett Stegerwald (21. April 1921 bis 7. November 1921)	Inneres (Alexander Dominicus), Handel (Otto Fischbeck), Öffentliche Arbeiten (Otto Fischbeck, kommissarisch)
Kabinett Braun II (7. November 1921 bis 18. Februar 1925)	Landwirtschaft (Hugo Wendorff)
Kabinett Marx (18. Februar 1925 bis 4. April 1925)	Finanzen (Hermann Höpker-Aschoff), Handel (Walther Schreiber)
Kabinett Braun III (4. April 1925 bis 11 April 1933, de facto aber nur bis zum 20 Juli 1932 an der Macht)	Finanzen (Hermann Höpker-Aschoff, bis 12. Oktober 1931, Walther Schreiber, kommissarisch 12. Oktober bis 7. November 1931),

	Handel bzw. ab 29. Oktober 1932 Wirtschaft und Arbeit (Walther Schreiber)
Reichskommissariat Papen I (20. Juli 1932 bis 29. Oktober 1932)	Finanzen (Franz Schleusener, ab 21. Juli 1932)

Quellen:

WEGNER, Konstanze / ALBERTIN, Lothar (Bearb.), Linksliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Staatspartei 1918-1933 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien III 5), Düsseldorf 1980.

Literatur:

ASMUSS, Burkhard, Deutsche Demokratische Partei (DDP) / Deutsche Staatspartei 1918-1933, in: www.dhm.de (Letzter Zugriff am: 11.07.2012).

FALTER, Jürgen / LINDENBERGER, Thomas / SCHUMANN, Siegfried, Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten. 1919-1933, München 1986, S. 101-107 (Tab. 1.7.2.13).

FRYE, Bruce B., Liberal Democrats in the Weimar Republic. The History of the German Democracy Party and the German State Party, Carbondale / Edwardsville 1985.

HESS, Jürgen C., "Das ganze Deutschland soll es sein". Demokratischer Nationalismus in der Weimarer Republik am Beispiel der Deutschen Demokratischen Partei, Stuttgart 1978.

HOFMANN, Robert, Geschichte der deutschen Parteien. Von der Kaiserzeit bis zur Gegenwart, München / Zürich 1993, S. 118-124.

SCHNEIDER, Werner, Die Deutsche Demokratische Partei in der Weimarer Republik 1924-1930, München 1978.

STANG, Joachim, Die Deutsche Demokratische Partei in Preußen 1918-1933, Düsseldorf 1994.

STEPHAN, Werner, Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918-1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei, Göttingen 1973.

Empfohlene Zitierweise:

Deutsche Demokratische Partei (DDP) in Preußen, in: 'Kritische Online-Edition der Nuntiaturberichte Eugenio Pacellis (1917-1929)', Schlagwort Nr. 4061, URL: www.pacelli-edition.de/Schlagwort/4061. Letzter Zugriff am: 07.05.2024.